

Antrag

der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)

Betr.: Hamburg gerechter – solidarisch aus der Krise

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen der Hamburger Gesellschaft noch deutlicher hervorgehoben: Die soziale Spaltung hat zugenommen. Weder die Programme auf Bundesebene noch die ergänzenden Maßnahmen der Stadt Hamburg waren in der Lage, die katastrophalen Folgen der Pandemie abzufedern. Stattdessen wurden die Defizite einer kaputtgesparten sozialen Infrastruktur deutlich vor Augen geführt: Das größtenteils privatisierte und ökonomischen Zwängen unterworfenen Gesundheitswesen geriet schnell an die Leistungsgrenze, die bereits vorhandene soziale Ungleichheit und Armut hat sich verschärft, das öffentliche Schulsystem hat sich den Anforderungen der Krise nicht gewachsen gezeigt und die digitale staatliche Infrastruktur erwies sich als absolut unzureichend. Gleichzeitig ist die Gesellschaft weiterhin mit einer Klimakrise konfrontiert, deren Lösung immer drängender wird. Das Versagen des Marktes tritt an vielen Stellen deutlich auf: die Mieten sind kaum noch zu bezahlen, die öffentlichen Investitionen gerade für die Verkehrswende und die Klimakrise sind zu schwach, die Treffpunkte in den Stadtteilen mit Inhabergeschäften brechen zusammen.

Die Herausforderung ist groß. Diese Krisen solidarisch zu überwinden, braucht Mut. Mut, die öffentlichen Aufgaben anzugehen und Mut, die Pandemiegewinner und Multimillionäre bei der finanziellen Bewältigung der Krise heranzuziehen. Wenn wir diesen Mut beweisen, können wir Hamburg solidarischer und zukunftsfester machen.

Die wachsende soziale Spaltung zerstört die Stadt

Ziel des sozialen Handelns der Stadt muss die Zurückdrängung entrechteter Formen von Arbeit wie Werkverträgen, Leiharbeit und Niedriglohnjobs sein. Gute Arbeit ist tarifgebunden und mitbestimmt. Hierzu kann die Stadt beispielsweise in der Vergabe einen Beitrag leisten.

Die deutlichen Zeichen von sozialer Verelendung haben zugenommen. Hamburg braucht eine stärkere soziale Infrastruktur. Eine deutliche Ausweitung der Straßensozialarbeit und die wirksame Bekämpfung von Wohnungslosigkeit sollten in Hamburg eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu gehört auch ein sozialer Arbeitsmarkt, der nicht dem Hartz IV – Regiment unterworfen ist.

Kinder dürfen nicht Armut mit sich bringen. Durch den Ausbau des guten Ganztags und kostenloses Kita-Frühstück für alle Kinder können Familien und Alleinerziehende unmittelbar entlastet werden.

Um die notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur leisten zu können, darf im sozialen Bereich auf keinen Fall der Sparhammer angesetzt werden. Wir fordern deshalb, dass im EP 4 keine „globalen Minderausgaben“ angesetzt werden. Die im Entwurf des Senats vorgesehene Sparvorgabe von etwa 140 Millionen Euro allein für das Jahr 2022 wird den Herausforderungen der kommenden Jahre im sozialen Bereich in keiner Weise gerecht.

Es bleibt ein Skandal, dass sich selbst Beschäftigte der Stadt häufig nicht mehr die Mieten in dieser Stadt leisten können. Wir fordern einen städtischen Mindestlohn von 13,- Euro, auch in den öffentlichen Unternehmen und in der öffentlichen Vergabe. Der städtische Personalbestand muss sich

an den tatsächlichen Bedarfen einer wachsenden Metropole orientieren. Die Idee einer Personalbremse lehnen wir ab.

Dem Mietenwahnsinn wirksam entgegenzutreten

Dass der Lohn in Hamburg oft nicht zum Leben reicht, liegt auch in den rasant steigenden Mieten begründet. Die Mieten in Hamburg explodieren seit Jahren. Während Immobilienkonzerne riesige Gewinne machen, zahlen die Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Miete.

Die Politik des Senats ist daran gescheitert, den Mietenwahnsinn aufzuhalten. Wir fordern deshalb, dass der Staat seine Verantwortung wieder wahrnimmt und bezahlbaren Wohnraum schafft. Die Zahl der errichteten Sozialwohnungen muss hierzu verdoppelt werden und es muss gelten: einmal sozial, immer sozial. Aktuell fallen mehr Sozialwohnungen aus der sozialen Bindung, als neu errichtet werden. Der städtische Grund und Boden soll im Besitz der Stadt verbleiben und nur im Erbbaurechtsverfahren vergeben werden, um die Gestaltungsfähigkeit der Politik zu erhalten.

Um die ausufernden Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt einzudämmen, sollte sich Hamburg für einen bundesweiten Mietendeckel stark machen.

Die öffentlichen Investitionen müssen wachsen!

Die gegenwärtige Krise unterstreicht es noch einmal: Hamburg braucht einen starken städtischen, gemeinwohlorientierten Sektor. Die Privatisierung der Krankenhäuser ist ein gesellschaftlicher Rückschritt gewesen. Die Rekommunalisierung der Netze ist Voraussetzung, um der Klimakrise zu begegnen. Mit einem Investitionsprogramm sind neue Aufgaben zu bewältigen.

Aber selbst die klassischen Infrastrukturmaßnahmen werden vom Senat nicht erledigt. Der Rechnungshof stellte fest, dass bei städtischem Eigentum noch nicht einmal das gegenwärtige Niveau gehalten wird. Der Senat fährt auf Verschleiß.

Außerdem brauchen wir dringende weitere Investitionen in den öffentlichen Stadtteilraum. Die Stadtteilzentren werden nach dem Lockdown noch stärker veröden. Dem können wir nur durch öffentliche Investitionen vor allem durch die Bezirke in öffentliche Räume begegnen.

Die Krise hat auch der Kultur in unserer Stadt stark zugesetzt, gerade jetzt ist es deshalb wichtig, in Kunst und Kultur zu investieren. Wir wollen mehr Räume für Kunst einrichten und die Fördermittel für Kunschtchaffende erhöhen.

Corona hat uns die größte Schwäche bei der IT- Infrastruktur aufgedeckt. Hamburg braucht ein zukunftsfähiges, flächendeckendes glasfaserbasiertes Internet in jedem Winkel der Stadt und die Etablierung eines stadtweiten W-LAN Netzes sollte endlich angegangen werden. Die Schulen und Verwaltungen müssen mit modernen Geräten aber auch eigenen IT-Lösungen und entsprechenden Stellen ausgestattet werden.

Gesundheit muss öffentlich und gut finanziert sein!

Der öffentliche Gesundheitssektor zeigte trotz großer individueller Anstrengungen der dort Beschäftigten seine ganze strukturelle Schwäche während der Pandemie: die Gesundheitsämter waren nicht in der Lage, die Coronafälle nachzuverfolgen, die Überprüfungen der Quarantäne gelang kaum, der Arbeitsschutz versagte fast vollständig.

Die ehemals staatlichen Teile des Gesundheitswesens in dieser Stadt müssen wieder in öffentliche Hand. Als erster Schritt sollte das Krankenhaus Groß-Sand eine Außenstelle des Universitätsklinikums (UKE) werden. Die Ausstattung der Gesundheitsämter muss generell und dauerhaft verbessert werden. Auch setzen wir uns für eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Personalquote in der Pflege sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich ein. Pflegepersonal braucht mehr als Applaus.

Die soziale Spaltung der Stadt ist auch in der Gesundheitsversorgung ablesbar. Lange Wartezeiten für einen Behandlungstermin, Aufnahmestopps, überlastete ÄrztInnen, die mit ihrer Praxis in besser versorgte Stadtteile umziehen und monatelange Wartezeiten auf Fachärzt:innentermine – die

ambulante Gesundheitsversorgung ist in Hamburg in einer gefährlichen Schieflage. In vielen ärmeren Stadtteilen herrscht Ärzt:innenmangel. Dabei ist es erwiesen, dass Menschen krank werden, weil sie arm sind – und sie werden arm, weil sie krank sind. Die Lebenserwartung von ärmeren Menschen ist bis zu zehn Jahre geringer als die von reichen Menschen. Umso wichtiger ist es, die massive Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung und den Ärzt:innenmangel zu überwinden. Die Linke setzt sich für mehr interdisziplinär arbeitende Stadtteil-Gesundheitszentren in gemeinnütziger oder kommunaler Trägerschaft ein. Damit würde die Stadt Hamburg auch ein Zeichen gegen die besorgniserregende Entwicklung setzen, dass immer mehr Konzerne und Finanzinvestoren in die ambulante Versorgung drängen.

Klimakrise bekämpfen! Verkehrswende jetzt!

Die Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für die Bekämpfung der Klimakrise. Neben der Stärkung des Fuß- und Radverkehrs muss der öffentliche Verkehr auf allen Ebenen ausgebaut werden.

Dazu muss das Schienennetz konsequent erweitert und insbesondere bisher schlecht angebundene Stadtteile besser erschlossen werden. Die Linke fordert deshalb die Prüfung einer weiteren Elbquerung für den Schienenverkehr zwischen Harburg und Altona auf der besonders belasteten Nord-Süd-Achse.

Hamburg soll für alle Menschen ein 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr anbieten sowie kostenfreien Nahverkehr für SchülerInnen, Auszubildende und Leistungsbezieher:innen.

Der Umweltverbund aus Fahrrad, Bus und Bahn soll das Stadtbild prägen und den motorisierten Individualverkehr als Hauptverkehrsmittel in der Stadt ablösen. Dies muss auch das klare Ziel einer von uns geforderten Investitionsoffensive der Hochbahn sein.

Bildung und Weiterbildung stärken

Die beste Investition ist immer noch gute Bildung. Die Pandemie zeigt die großen Defizite, die wir gegenwärtig an den Schulen haben. Wichtiger Punkt: Lehrer:innen mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zu geben: 900 Vollzeitstellen für Lehrer:innen zusätzlich.

Corona hat auch hier offenbart, dass es große Nachholbedarfe im Bereich Digitalisierung der Bildung gibt. Das zeitweise Home-Schooling hat eine Problematik offenbart, die es aber schon vorher gab: Schüler:innen haben keinen gleichen Zugang zu digitalen Lernmitteln. Damit der Zugang zu guter Bildung nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängt, müssen gleiche Lernmittel für alle gewährleistet werden. Dazu gehören selbstverständlich digitale Endgeräte für alle SchülerInnen ebenso wie digitale Endgeräte für alle Lehrenden. Ebenso brauchen wir endlich eine wirklich inklusive Beschulung, die diesen Namen auch verdient.

Auch an unseren Hochschulen gibt es weiterhin Kürzungsdruck. Kettenbefristungen für junge Forscher:innen und Lehrende auf der einen Seite und als Verwaltungsgebühren getarnte Studiengebühren auf der anderen Seite. Doch gute Bildung muss immer kostenlos sein, weswegen sämtliche Formen von Studiengebühren abgeschafft werden müssen und die grundständige Lehre ausfinanziert werden muss.

Im Gegensatz zu den Verlautbarungen des Senats hängt Hamburg bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zu den anderen Stadtstaaten hinterher: Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, mehr Geld in den Bildungsbereich sowie in den Bereich für Wissenschaft und Hochschule zu geben, also die Einzelpläne 3.1 und 3.2.

Die Zahl Ausbildungsplätze im Jahre 2020 ist kräftig gesunken. Selbst öffentliche Unternehmen wie die HPA planen Ausbildungsplätze abzubauen. Das werden wir nicht akzeptieren und fordern ein öffentliches Ausbildungsprogramm für Hamburg

Doch Bildung hört nicht bei den allgemeinbildenden Schulen auf. Wir brauchen eine Fort- und Weiterbildungsoffensive sowie eine Qualifizierungsoffensive, vor allem dort wo durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise der Fall in die Arbeitslosigkeit droht.

Corona-Hilfen da, wo sie gebraucht werden. Haushaltshoheit des Parlaments schützen

Die zunehmende Einsetzung zentraler Töpfe unter der Schirmherrschaft der Finanzbehörde widerspricht der fachlichen Aufsicht der verschiedenen Behörden über die Ausgaben des Senats. Die Herrschaft des Finanzsenators bereitet eine neue Periode der Schuldenbremse vor, zumal sich Hamburg z. B. im Gegensatz zu NRW zu einer schnellen Rückzahlung der wegen der Pandemie aufgenommenen neuen Schulden rühmt.

Die Anhebung der globalen Minderausgaben von 2 auf 3 Prozent setzt in dieser Beziehung ein fatales Signal. Die sozialen Folgen der Coronakrise sind in keiner Weise überwunden, weshalb weiterhin kräftige staatliche Hilfen notwendig sein werden.

Die Corona Mittel müssen vorrangig denen zugutekommen, die am stärksten von den Auswirkungen der Krise betroffen sind: Geringverdiener:innen, Arbeiter:innen in Kurzarbeit, Soloselbständige, kleine Unternehmen, aber auch besonders benachteiligten Gruppen wie Geflüchtete, Wohnungslose und Hartz-IV-Empfänger:innen. Diese Menschen müssen nun endlich in den Fokus weiterer Hilfen gerückt werden.

Faire Besteuerung statt Spardruck.

Die Schuldenbremse ist ausgesetzt, aber nicht abgeschafft. Sie bedroht weiterhin Hamburgs Zukunft. Wer ökonomisch kluge, ökologisch notwendige und sozial ausgewogene Investitionen aufgrund der Schuldenbremse verhindert, versündigt sich an der Zukunft der Stadt. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen ist es falsch, notwendige Investitionen nicht zu tätigen, um Schulden zu vermeiden. Im Gegenteil können auch kreditfinanzierte Investitionen die finanzielle Solidität Hamburgs nachhaltig verbessern. Die Schuldenbremse muss daher weg.

Hamburg sollte stattdessen für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer eintreten. Da die Vermögenssteuer Ländersteuer ist, käme Sie dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg unmittelbar zugute. Bei einer Vermögenssteuer von 1% für alles Vermögen oberhalb von einer Million Euro (und einem höheren Schonvermögen für Betriebe) und 5% für Vermögen über 50 Millionen Euro würde niemandem Wohlstand verlorengehen. Gleichzeitig würde dies für den Hamburgischen Haushalt mindestens 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr bedeuten. Hamburg sollte daher selbstbewusst an den Bund das Signal geben: Wir planen mit einer solchen Vermögenssteuer ab 2022. Die Mehrheit der Bevölkerung will es, eine Mehrheit für solch eine Besteuerung im Bund ist in greifbarer Nähe. Gleichzeitig kann Hamburg ca. 250 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr einnehmen, wenn die Grunderwerbsteuer von derzeit 4,5% auf das Niveau unserer Nachbarn, auf 6%, angehoben würde.

Der Steuervollzug soll verbessert werden. Steuerhinterziehung und Steuerdiebstahl wie in den Cum-Ex-Fällen rund um die Privatbank M.M. Warburg soll der Kampf angesagt werden. Mehr Steuerprüfer:innen für Großbetriebe und Finanzinstitute sollen zusätzliche Steuereinnahmen generieren und Verjährungen berechtigter Ansprüche entgegenwirken.

In der gegenwärtigen Zinssituation ist es klug und vorausschauend die wichtigen Zukunftsinvestitionen, die diese Stadt braucht, auch auf Kredit zu finanzieren. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, denn den nachfolgenden Generationen ist wenig gedient, wenn wir ihnen zwar nur geringe Schulden, dafür aber eine marode Infrastruktur sowie eine sozial zutiefst gesplante Gesellschaft und von der Klimakrise zerrüttete Gesellschaft überlassen.